

Inhalt

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Abschnitt 1 – Allgemeiner Teil	28
§ 1 Ziel des Gesetzes	28
§ 2 Anwendungsbereich	28
§ 3 Begriffsbestimmungen	28
§ 4 Unterschiedliche Behandlung wegen mehrerer Gründe	29
§ 5 Positive Maßnahmen	29
Abschnitt 2 – Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung	29
Unterabschnitt 1 – Verbot der Benachteiligung	29
§ 6 Persönlicher Anwendungsbereich	29
§ 7 Benachteiligungsverbot	30
§ 8 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen beruflicher Anforderungen	30
§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung	30
§ 10 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen des Alters	30
Unterabschnitt 2 – Organisationspflichten des Arbeitgebers	31
§ 11 Ausschreibung	31
§ 12 Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers	31
Unterabschnitt 3 – Rechte der Beschäftigten	32
§ 13 Beschwerderecht	32
§ 14 Leistungsverweigerungsrecht	32
§ 15 Entschädigung und Schadensersatz	32
§ 16 Maßregelungsverbot	32
Unterabschnitt 4 – Ergänzende Vorschriften	33
§ 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten	33
§ 18 Mitgliedschaft in Vereinigungen	33
Abschnitt 3 – Schutz vor Benachteiligung im Zivilrechtsverkehr	33
§ 19 Zivilrechtliches Benachteiligungsverbot	33
§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung	34
§ 21 Ansprüche	34
Abschnitt 4 – Rechtsschutz	35
§ 22 Beweislast	35
§ 23 Unterstützung durch Antidiskriminierungsverbände	35
Abschnitt 5 – Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
§ 24 Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse	35
Abschnitt 6 – Antidiskriminierungsstelle des Bundes und Unabhängige Bundesbeauftragte oder Unabhängiger Bundesbeauftragter für Antidiskriminierung	35
§ 25 Antidiskriminierungsstelle des Bundes	35
§ 26 Wahl der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Anforderungen	36
§ 26a Rechtsstellung der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26b Amtszeit der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	36
§ 26c Beginn und Ende des Amtsverhältnisses der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung; Amtseid	36
§ 26d Unerlaubte Handlungen und Tätigkeiten der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26e Verschwiegenheitspflicht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	37
§ 26f Zeugnisverweigerungsrecht der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	38

§ 26g	Anspruch der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung auf Amtsbezüge, Versorgung und auf andere Leistungen	38
§ 26h	Verwendung der Geschenke an die Unabhängige Bundesbeauftragte oder den Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung	38
§ 26i	Berufsbeschränkung	39
§ 27	Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	39
§ 28	Amtsbefugnisse der oder des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung und Pflicht zur Unterstützung durch Bundesbehörden und öffentliche Stellen des Bundes	40
§ 29	Zusammenarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen	40
§ 30	Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	40
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften		41
§ 31	Unabdingbarkeit	41
§ 32	Schlussbestimmung	41
§ 33	Übergangsbestimmungen	41

Arbeitsgerichtsgesetz (Auszug) – ArbGG

§ 61b	Klage wegen Benachteiligung	44
-------	-----------------------------------	----

Arbeitszeitgesetz – ArbZG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		46
§ 1	Zweck des Gesetzes	46
§ 2	Begriffsbestimmungen	46
Zweiter Abschnitt – Werktägliche Arbeitszeit und arbeitsfreie Zeiten		46
§ 3	Arbeitszeit der Arbeitnehmer	46
§ 4	Ruhepausen	46
§ 5	Ruhezeit	46
§ 6	Nacht- und Schichtarbeit	47
§ 7	Abweichende Regelungen	47
§ 8	Gefährliche Arbeiten	49
Dritter Abschnitt – Sonn- und Feiertagsruhe		49
§ 9	Sonn- und Feiertagsruhe	49
§ 10	Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	49
§ 11	Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung	51
§ 12	Abweichende Regelungen	51
§ 13	Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung	51
Vierter Abschnitt – Ausnahmen in besonderen Fällen		52
§ 14	Außergewöhnliche Fälle	52
§ 15	Bewilligung, Ermächtigung	53
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		54
§ 16	Aushang und Arbeitszeitznachweise	54
§ 17	Aufsichtsbehörde	54
Sechster Abschnitt – Sonderregelungen		55
§ 18	Nichtanwendung des Gesetzes	55
§ 19	Beschäftigung im öffentlichen Dienst	55
§ 20	Beschäftigung in der Luftfahrt	55
§ 21	Beschäftigung in der Binnenschifffahrt	55
§ 21a	Beschäftigung im Straßentransport	56
Siebter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		57
§ 22	Bußgeldvorschriften	57

§ 23	Strafvorschriften	57
Achter Abschnitt – Schlussvorschriften		57
§ 24	Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG	57
§ 25	Übergangsvorschriften für Tarifverträge	57

Bürgerliches Gesetzbuch (Auszug) – BGB

§ 611a	Arbeitsvertrag	60
§ 612	Vergütung	60
§ 612a	Maßregelungsverbot	60

Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		62
§ 1	Geltungsbereich	62
§ 1a	Formvorgaben	62
§ 2	Kind, Jugendlicher	62
§ 3	Arbeitgeber	62
§ 4	Arbeitszeit	62
Zweiter Abschnitt – Beschäftigung von Kindern		62
§ 5	Verbot der Beschäftigung von Kindern	62
§ 6	Behördliche Ausnahmen für Veranstaltungen	63
§ 7	Beschäftigung von nicht vollzeitschulpflichtigen Kindern	64
Dritter Abschnitt – Beschäftigung Jugendlicher		64
Erster Titel – Arbeitszeit und Freizeit		64
§ 8	Dauer der Arbeitszeit	64
§ 9	Berufsschule	64
§ 10	Prüfungen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen	65
§ 11	Ruhepausen, Aufenthaltsräume	65
§ 12	Schichtzeit	65
§ 13	Tägliche Freizeit	66
§ 14	Nachruhe	66
§ 15	Fünf-Tage-Woche	66
§ 16	Samstagsruhe	66
§ 17	Sonntagsruhe	67
§ 18	Feiertagsruhe	67
§ 19	Urlaub	68
§ 20	Binnenschifffahrt	68
§ 21	Ausnahmen in besonderen Fällen	69
§ 21a	Abweichende Regelungen	69
§ 21b	Ermächtigung	69
Zweiter Titel – Beschäftigungsverbote und -beschränkungen		70
§ 22	Gefährliche Arbeiten	70
§ 23	Akkordarbeit, tempoabhängige Arbeiten	70
§ 24	Arbeiten unter Tage	71
§ 25	Verbot der Beschäftigung durch bestimmte Personen	71
§ 26	Ermächtigungen	71
§ 27	Behördliche Anordnungen und Ausnahmen	72
Dritter Titel – Sonstige Pflichten des Arbeitgebers		72
§ 28	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	72
§ 28a	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	73
§ 29	Unterweisung über Gefahren	73

§ 30	Häusliche Gemeinschaft.....	73
§ 31	Züchtigungsverbot; Verbot der Abgabe von Alkohol und Tabak	73
Vierter Titel – Gesundheitliche Betreuung.....		73
§ 32	Erstuntersuchung	73
§ 33	Erste Nachuntersuchung	74
§ 34	Weitere Nachuntersuchungen.....	74
§ 35	Außerordentliche Nachuntersuchung	74
§ 36	Ärztliche Untersuchungen und Wechsel des Arbeitgebers.....	74
§ 37	Inhalt und Durchführung der ärztlichen Untersuchungen	74
§ 38	Ergänzungsuntersuchung	75
§ 39	Mitteilung, Bescheinigung	75
§ 40	Bescheinigung mit Gefährdungsvermerk	75
§ 41	Aufbewahren der ärztlichen Bescheinigungen.....	75
§ 42	Eingreifen der Aufsichtsbehörde	75
§ 43	Freistellung für Untersuchungen	75
§ 44	Kosten der Untersuchungen.....	76
§ 45	Gegenseitige Unterrichtung der Ärzte	76
§ 46	Ermächtigungen	76
Vierter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		76
Erster Titel – Aushänge und Verzeichnisse		76
§ 47	Bekanntgabe des Gesetzes und der Aufsichtsbehörde	76
§ 48	Information über Arbeitszeit und Pausen	76
§ 49	Verzeichnisse der Jugendlichen	76
§ 50	Auskunft; Vorlage der Verzeichnisse.....	77
Zweiter Titel – Aufsicht.....		77
§ 51	Aufsichtsbehörde; Besichtigungsrechte und Berichtspflicht	77
§ 52	(weggefallen)	77
§ 53	Mitteilung über Verstöße	77
§ 54	Ausnahmebewilligungen.....	77
Dritter Titel – Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz.....		78
§ 55	Bildung des Landesausschusses für Jugendarbeitsschutz.....	78
§ 56	Bildung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz bei der Aufsichtsbehörde.....	78
§ 57	Aufgaben der Ausschüsse	79
Fünfter Abschnitt – Straf- und Bußgeldvorschriften		79
§ 58	Bußgeld- und Strafvorschriften	79
§ 59	Bußgeldvorschriften	81
§ 60	Verwaltungsvorschriften für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	82
Sechster Abschnitt – Schlussvorschriften		82
§ 61	Beschäftigung von Jugendlichen auf Kauffahrteischiffen.....	82
§ 62	Beschäftigung im Vollzug einer Freiheitsentziehung	82
§§ 63–70 (weggefallen)		82
§ 71	(aufgehoben)	82
§ 72	Inkrafttreten.....	82

Ladenschlussgesetz – LadSchlG

Erster Abschnitt – Begriffsbestimmungen.....		86
§ 1	Verkaufsstellen	86
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	86
Zweiter Abschnitt – Ladenschlusszeiten		86
§ 3	Allgemeine Ladenschlusszeiten	86
§ 4	Apotheken	86

§ 5	Zeitungen und Zeitschriften.....	86
§ 6	Tankstellen	87
§ 7	(weggefallen)	87
§ 8	Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen	87
§ 9	Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen.....	87
§ 10	Kur- und Erholungsorte	88
§ 11	Verkauf in ländlichen Gebieten an Sonntagen.....	88
§ 12	Verkauf bestimmter Waren an Sonntagen	88
§ 13	(weggefallen)	88
§ 14	Weitere Verkaufssonntage	88
§ 15	Sonntagsverkauf am 24. Dezember	89
§ 16	(weggefallen)	89
Dritter Abschnitt – Besonderer Schutz der Arbeitnehmer		89
§ 17	Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen	89
Vierter Abschnitt – Bestimmungen für einzelne Gewerbezweige und für den Marktverkehr		90
§§ 18 und 18a	(weggefallen)	90
§ 19	Marktverkehr	90
§ 20	Sonstiges gewerbliches Feilhalten	90
Fünfter Abschnitt – Durchführung des Gesetzes		91
§ 21	Auslage des Gesetzes, Verzeichnisse	91
§ 22	Aufsicht und Auskunft.....	91
§ 23	Ausnahmen im öffentlichen Interesse	91
Sechster Abschnitt – Straftaten und Ordnungswidrigkeiten		92
§ 24	Ordnungswidrigkeiten	92
§ 25	Straftaten	92
§ 26	(weggefallen)	92
Siebenter Abschnitt – Schlussbestimmungen		93
§ 27	Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	93
§ 28	Bestimmung der zuständigen Behörden	93
§§ 29 und 30	(weggefallen)	93
§ 31	(Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	93

Mutterschutzgesetz – MuSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften.....		96
§ 1	Anwendungsbereich, Ziel des Mutterschutzes.....	96
§ 2	Begriffsbestimmungen.....	96
Abschnitt 2 – Gesundheitsschutz		97
Unterabschnitt 1 – Arbeitszeitlicher Gesundheitsschutz		97
§ 3	Schutzfristen vor und nach der Entbindung	97
§ 4	Verbot der Mehrarbeit; Ruhezeit	98
§ 5	Verbot der Nacharbeit.....	98
§ 6	Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit.....	99
§ 7	Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen.....	99
§ 8	Beschränkung von Heimarbeit	99
Unterabschnitt 2 – Betrieblicher Gesundheitsschutz.....		100
§ 9	Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung	100
§ 10	Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen	101
§ 11	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen.....	101
§ 12	Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen.....	103
§ 13	Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot	104

§ 14	Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber	105
§ 15	Mitteilungen und Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen	105
Unterabschnitt 3 – Ärztlicher Gesundheitsschutz		105
§ 16	Ärztliches Beschäftigungsverbot	105
Abschnitt 3 – Kündigungsschutz		105
§ 17	Kündigungsverbot	105
Abschnitt 4 – Leistungen		106
§ 18	Mutterschutzlohn	106
§ 19	Mutterschaftsgeld	106
§ 20	Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	107
§ 21	Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts	107
§ 22	Leistungen während der Elternzeit	108
§ 23	Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen	108
§ 24	Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten	108
§ 25	Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbots	108
Abschnitt 5 – Durchführung des Gesetzes		108
§ 26	Aushang des Gesetzes	108
§ 27	Mitteilungs- und Aufbewahrungspflichten des Arbeitgebers, Offenbarungsverbot der mit der Überwachung beauftragten Personen	108
§ 28	Behördliches Genehmigungsverfahren für eine Beschäftigung zwischen 20 Uhr und 22 Uhr	109
§ 29	Zuständigkeit und Befugnisse der Aufsichtsbehörden, Jahresbericht	110
§ 30	Ausschuss für Mutterschutz	111
§ 31	Erlass von Rechtsverordnungen	112
Abschnitt 6 – Bußgeldvorschriften, Strafvorschriften		112
§ 32	Bußgeldvorschriften	112
§ 33	Strafvorschriften	113
Abschnitt 7 – Schlussvorschriften		113
§ 34	Evaluationsbericht	113

Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften		116
§ 1	Zielsetzung und Anwendungsbereich	116
§ 2	Begriffsbestimmungen	116
Zweiter Abschnitt – Pflichten des Arbeitgebers		116
§ 3	Grundpflichten des Arbeitgebers	116
§ 4	Allgemeine Grundsätze	117
§ 5	Beurteilung der Arbeitsbedingungen	117
§ 6	Dokumentation	117
§ 7	Übertragung von Aufgaben	118
§ 8	Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber	118
§ 9	Besondere Gefahren	118
§ 10	Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	118
§ 11	Arbeitsmedizinische Vorsorge	119
§ 12	Unterweisung	119
§ 13	Verantwortliche Personen	119
§ 14	Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes	120
Dritter Abschnitt – Pflichten und Rechte der Beschäftigten		120
§ 15	Pflichten der Beschäftigten	120
§ 16	Besondere Unterstützungspflichten	120
§ 17	Rechte der Beschäftigten	120

Vierter Abschnitt – Verordnungsermächtigungen.....	121
§ 18 Verordnungsermächtigungen.....	121
§ 19 Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und zwischenstaatliche Vereinbarungen	121
§ 20 Regelungen für den öffentlichen Dienst.....	122
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	122
§ 20a Gemeinsame deutsche Arbeitsschutzstrategie	122
§ 20b Nationale Arbeitsschutzkonferenz.....	123
Sechster Abschnitt – Schlußvorschriften	123
§ 21 Zuständige Behörden, Zusammenwirken mit den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung.....	123
§ 22 Befugnisse der zuständigen Behörden	125
§ 23 Betriebliche Daten, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Jahresbericht, Bundesfachstelle.....	126
§ 24 Ermächtigung zum Erlaß von allgemeinen Verwaltungsvorschriften	128
§ 24a Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit.....	128
§ 25 Bußgeldvorschriften.....	129
§ 26 Strafvorschriften.....	129

Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV

§ 1 Ziel, Anwendungsbereich	132
§ 2 Begriffsbestimmungen	132
§ 3 Gefährdungsbeurteilung.....	134
§ 3a Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten	134
§ 4 Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten.....	135
§ 5 Nichtraucherschutz.....	135
§ 6 Unterweisung der Beschäftigten.....	136
§ 7 Ausschuss für Arbeitsstätten	136
§ 8 Übergangsvorschriften.....	137
§ 9 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	137
Anhang	138

Betriebssicherheitsverordnung (Auszug) – BetrSichV

Abschnitt 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	154
§ 1 Anwendungsbereich und Zielsetzung.....	154
§ 2 Begriffsbestimmungen	154
Abschnitt 2 – Gefährdungsbeurteilung und Schutzmaßnahmen	155
§ 3 Gefährdungsbeurteilung.....	155
§ 4 Grundpflichten des Arbeitgebers	157
§ 5 Anforderungen an die zur Verfügung gestellten Arbeitsmittel	158
§ 6 Grundlegende Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	159
§ 7 Vereinfachte Vorgehensweise bei der Verwendung von Arbeitsmitteln.....	159
§ 8 Schutzmaßnahmen bei Gefährdungen durch Energien, Ingangsetzen und Stillsetzen	160
§ 9 Weitere Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln	161
§ 10 Instandhaltung und Änderung von Arbeitsmitteln	162
§ 11 Besondere Betriebszustände, Betriebsstörungen und Unfälle.....	163
§ 12 Unterweisung und besondere Beauftragung von Beschäftigten	164
§ 13 Zusammenarbeit verschiedener Arbeitgeber	165
§ 14 Prüfung von Arbeitsmitteln.....	165
Abschnitt 3 – Zusätzliche Vorschriften für überwachungsbedürftige Anlagen.....	166
§ 15 Prüfung vor Inbetriebnahme und vor Wiederinbetriebnahme nach prüfpflichtigen Änderungen	166
§ 16 Wiederkehrende Prüfung.....	167
§ 17 Prüfaufzeichnungen und -bescheinigungen.....	167
§ 18 Erlaubnispflicht	168

Abschnitt 4 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Betriebssicherheit	170
§ 19 Mitteilungspflichten, behördliche Ausnahmen	170
§ 20 Sonderbestimmungen für überwachungsbedürftige Anlagen des Bundes	171
§ 21 Ausschuss für Betriebssicherheit	171
Abschnitt 5 – Ordnungswidrigkeiten und Straftaten, Schlussvorschriften	172
§ 22 Ordnungswidrigkeiten	172
§ 23 Straftaten.....	174
§ 24 Übergangsvorschriften.....	174

Bundesdatenschutzgesetz – BDSG

Teil 1 – Gemeinsame Bestimmungen	178
Kapitel 1 – Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	178
§ 1 Anwendungsbereich des Gesetzes	178
§ 2 Begriffsbestimmungen	179
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	179
§ 3 Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen	179
§ 4 Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	179
Kapitel 3 – Datenschutzbeauftragte öffentlicher Stellen.....	180
§ 5 Benennung	180
§ 6 Stellung.....	180
§ 7 Aufgaben.....	181
Kapitel 4 – Die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.....	182
§ 8 Errichtung	182
§ 9 Zuständigkeit.....	182
§ 10 Unabhängigkeit	182
§ 11 Ernennung und Amtszeit	182
§ 12 Amtsverhältnis.....	183
§ 13 Rechte und Pflichten.....	184
§ 14 Aufgaben.....	185
§ 15 Tätigkeitsbericht.....	186
§ 16 Befugnisse	186
Kapitel 5 – Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle, Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	187
§ 17 Vertretung im Europäischen Datenschutzausschuss, zentrale Anlaufstelle	187
§ 18 Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder.....	188
§ 19 Zuständigkeiten.....	188
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe	189
§ 20 Gerichtlicher Rechtsschutz.....	189
§ 21 Antrag der Aufsichtsbehörde auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Beschlusses der Europäischen Kommission	189
Teil 2 – Durchführungsbestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/679	190
Kapitel 1 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	190
Abschnitt 1 – Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten und Verarbeitung zu anderen Zwecken.....	190
§ 22 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....	190
§ 23 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen	191
§ 24 Verarbeitung zu anderen Zwecken durch nichtöffentliche Stellen.....	192
§ 25 Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen	192

Abschnitt 2 – Besondere Verarbeitungssituationen.....	193
§ 26 Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses	193
§ 27 Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	194
§ 28 Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken	195
§ 29 Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Befugnisse im Fall von Geheimhaltungspflichten	195
§ 30 Verbraucherkredite	196
§ 31 Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften	196
Kapitel 2 – Rechte der betroffenen Person	197
§ 32 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person.....	197
§ 33 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	198
§ 34 Auskunftsrecht der betroffenen Person	199
§ 35 Recht auf Löschung	199
§ 36 Widerspruchsrecht.....	200
§ 37 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling.....	200
Kapitel 3 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....	200
§ 38 Datenschutzbeauftragte nichtöffentlicher Stellen.....	200
§ 39 Akkreditierung	201
Kapitel 4 – Aufsichtsbehörde für die Datenverarbeitung durch nichtöffentliche Stellen.....	201
§ 40 Aufsichtsbehörden der Länder.....	201
Kapitel 5 – Sanktionen	202
§ 41 Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren	202
§ 42 Strafvorschriften.....	202
§ 43 Bußgeldvorschriften.....	203
Kapitel 6 – Rechtsbehelfe	203
§ 44 Klagen gegen den Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter.....	203
Teil 3 – Bestimmungen für Verarbeitungen zu Zwecken gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/680.....	203
Kapitel 1 – Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen und allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	203
§ 45 Anwendungsbereich	203
§ 46 Begriffsbestimmungen	204
§ 47 Allgemeine Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten.....	206
Kapitel 2 – Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten.....	206
§ 48 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten.....	206
§ 49 Verarbeitung zu anderen Zwecken	206
§ 50 Verarbeitung zu archivarischen, wissenschaftlichen und statistischen Zwecken.....	207
§ 51 Einwilligung.....	207
§ 52 Verarbeitung auf Weisung des Verantwortlichen.....	207
§ 53 Datengeheimnis	207
§ 54 Automatisierte Einzelentscheidung	207
Kapitel 3 – Rechte der betroffenen Person	208
§ 55 Allgemeine Informationen zu Datenverarbeitungen.....	208
§ 56 Benachrichtigung betroffener Personen	208
§ 57 Auskunftsrecht	208
§ 58 Rechte auf Berichtigung und Löschung sowie Einschränkung der Verarbeitung.....	210
§ 59 Verfahren für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	211
§ 60 Anrufung der oder des Bundesbeauftragten	211

§ 61	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der oder des Bundesbeauftragten oder bei deren oder dessen Untätigkeit	211
Kapitel 4 – Pflichten der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter.....		212
§ 62	Auftragsverarbeitung	212
§ 63	Gemeinsam Verantwortliche	213
§ 64	Anforderungen an die Sicherheit der Datenverarbeitung	213
§ 65	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die oder den Bundesbeauftragten	214
§ 66	Benachrichtigung betroffener Personen bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten	215
§ 67	Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	216
§ 68	Zusammenarbeit mit der oder dem Bundesbeauftragten	216
§ 69	Anhörung der oder des Bundesbeauftragten	216
§ 70	Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	217
§ 71	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen.....	218
§ 72	Unterscheidung zwischen verschiedenen Kategorien betroffener Personen.....	218
§ 73	Unterscheidung zwischen Tatsachen und persönlichen Einschätzungen	219
§ 74	Verfahren bei Übermittlungen.....	219
§ 75	Berichtigung und Löschung personenbezogener Daten sowie Einschränkung der Verarbeitung	219
§ 76	Protokollierung	219
§ 77	Vertrauliche Meldung von Verstößen	220
Kapitel 5 – Datenübermittlungen an Drittstaaten und an internationale Organisationen		220
§ 78	Allgemeine Voraussetzungen	220
§ 79	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien	221
§ 80	Datenübermittlung ohne geeignete Garantien	221
§ 81	Sonstige Datenübermittlung an Empfänger in Drittstaaten	222
Kapitel 6 – Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden		222
§ 82	Gegenseitige Amtshilfe.....	222
Kapitel 7 – Haftung und Sanktionen		223
§ 83	Schadensersatz und Entschädigung	223
§ 84	Strafvorschriften.....	223
Teil 4 – Besondere Bestimmungen für Verarbeitungen im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten		223
§ 85	Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen von nicht in die Anwendungsbereiche der Verordnung (EU) 2016/679 und der Richtlinie (EU) 2016/680 fallenden Tätigkeiten	223
§ 86	Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke staatlicher Auszeichnungen und Ehrungen.....	224

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG

Abschnitt 1 – Elterngeld		226
§ 1	Berechtigte	226
§ 2	Höhe des Elterngeldes.....	227
§ 2a	Geschwisterbonus und Mehrlingszuschlag.....	228
§ 2b	Bemessungszeitraum	229
§ 2c	Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit.....	230
§ 2d	Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit	230
§ 2e	Abzüge für Steuern	231
§ 2f	Abzüge für Sozialabgaben	232
§ 3	Anrechnung von anderen Einnahmen	232
§ 4	Bezugsdauer, Anspruchsumfang	233
§ 4a	Berechnung von Basiselterngeld und Elterngeld Plus	235
§ 4b	Partnerschaftsbonus	235
§ 4c	Alleiniger Bezug durch einen Elternteil.....	236
§ 4d	Weitere Berechtigte	236

Abschnitt 2 – Verfahren und Organisation	236
§ 5 Zusammentreffen von Ansprüchen	236
§ 6 Auszahlung	236
§ 7 Antragstellung	236
§ 8 Auskunftspflicht, Nebenbestimmungen	237
§ 9 Einkommens- und Arbeitszeitznachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers	238
§ 10 Verhältnis zu anderen Sozialleistungen	238
§ 11 Unterhaltungspflichten	239
§ 12 Zuständigkeit; Bewirtschaftung der Mittel	239
§ 13 Rechtsweg	239
§ 14 Bußgeldvorschriften.....	239
Abschnitt 3 – Elternzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	240
§ 15 Anspruch auf Elternzeit	240
§ 16 Inanspruchnahme der Elternzeit.....	242
§ 17 Urlaub.....	242
§ 18 Kündigungsschutz.....	243
§ 19 Kündigung zum Ende der Elternzeit	243
§ 20 Zur Berufsbildung Beschäftigte, in Heimarbeit Beschäftigte.....	243
§ 21 Befristete Arbeitsverträge.....	243
Abschnitt 4 – Statistik und Schlussvorschriften	244
§ 22 Bundesstatistik	244
§ 23 Auskunftspflicht; Datenübermittlung an das Statistische Bundesamt	245
§ 24 Übermittlung von Tabellen mit statistischen Ergebnissen durch das Statistische Bundesamt.....	245
§ 24a Übermittlung von Einzelangaben durch das Statistische Bundesamt	245
§ 24b Elektronische Unterstützung bei der Antragstellung	246
§ 25 Automatisierter Datenabruf bei den Standesämtern	246
§ 26 Anwendung der Bücher des Sozialgesetzbuches	246
§ 27 Sonderregelung aus Anlass der COVID-19-Pandemie	246
§ 28 Übergangsvorschrift.....	247

Bundesurlaubsgesetz – BUrlG

§ 1 Urlaubsanspruch	254
§ 2 Geltungsbereich	254
§ 3 Dauer des Urlaubs	254
§ 4 Wartezeit.....	254
§ 5 Teilurlaub	254
§ 6 Ausschluß von Doppelansprüchen	254
§ 7 Zeitpunkt, Übertragbarkeit und Abgeltung des Urlaubs.....	254
§ 8 Erwerbstätigkeit während des Urlaubs.....	255
§ 9 Erkrankung während des Urlaubs.....	255
§ 10 Maßnahmen der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation	255
§ 11 Urlaubsentgelt	255
§ 12 Urlaub im Bereich der Heimarbeit	255
§ 13 Unabdingbarkeit.....	256
§ 14 Berlin-Klausel	256
§ 15 Änderung und Aufhebung von Gesetzen.....	257
§ 15a Übergangsvorschrift.....	257
§ 16 Inkrafttreten	257

Entgeltfortzahlungsgesetz – EntgFG

§ 1 Anwendungsbereich	260
§ 2 Entgeltzahlung an Feiertagen	260
§ 3 Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall.....	260

§ 3a	Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Spende von Organen, Geweben oder Blut zur Separation von Blutstammzellen oder anderen Blutbestandteilen	260
§ 4	Höhe des fortzuzahlenden Arbeitsentgelts	261
§ 4a	Kürzung von Sondervergütungen	261
§ 5	Anzeige- und Nachweispflichten	262
§ 6	Forderungsübergang bei Dritthaftung	262
§ 7	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers	263
§ 8	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	263
§ 9	Maßnahmen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation.....	263
§ 10	Wirtschaftliche Sicherung für den Krankheitsfall im Bereich der Heimarbeit.....	263
§ 11	Feiertagsbezahlung der in Heimarbeit Beschäftigten	264
§ 12	Unabdingbarkeit.....	265
§ 13	Übergangsvorschrift.....	265

Familienpflegezeitgesetz – FPfZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	268
§ 2	Familienpflegezeit	268
§ 2a	Inanspruchnahme der Familienpflegezeit.....	268
§ 2b	Erneute Familienpflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie.....	269
§ 3	Förderung der pflegebedingten Freistellung von der Arbeitsleistung	270
§ 4	Mitwirkungspflicht des Arbeitgebers	270
§ 5	Ende der Förderfähigkeit	271
§ 6	Rückzahlung des Darlehens.....	271
§ 7	Härtefallregelung.....	271
§ 8	Antrag auf Förderung.....	272
§ 9	Darlehensbescheid und Zahlweise.....	272
§ 10	Antrag und Nachweis in weiteren Fällen	273
§ 11	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	273
§ 12	Bußgeldvorschriften.....	273
§ 13	Aufbringung der Mittel	274
§ 14	Beirat.....	274
§ 15	Übergangsvorschrift.....	274
§ 16	(aufgehoben)	274

Gefahrstoffverordnung (Auszug) – GefStoffV

Abschnitt 1 – Zielsetzung, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	276
§ 1 Zielsetzung und Anwendungsbereich	276
§ 2 Begriffsbestimmungen	276
Abschnitt 2 – Gefahrstoffinformation	280
§ 3 Gefahrenklassen	280
§ 4 Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung.....	281
§ 5 Sicherheitsdatenblatt und sonstige Informationspflichten.....	282
§ 5a Besondere Mitwirkungs- und Informationspflichten für Veranlasser von Tätigkeiten an baulichen oder technischen Anlagen	282
Abschnitt 3 – Gefährdungsbeurteilung und Grundpflichten.....	282
§ 6 Informationsermittlung und Gefährdungsbeurteilung.....	282
§ 7 Grundpflichten.....	286
Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	288
§ 8 Allgemeine Schutzmaßnahmen	288
§ 9 Zusätzliche Schutzmaßnahmen.....	289
§ 10 Besondere Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen oder reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A oder 1B	290

§ 10a	Besondere Aufzeichnungs-, Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden, keimzellmutagenen oder reproduktionstoxischen Gefahrstoffen der Kategorie 1A oder 1B	292
§ 11	Verwendungs- und Tätigkeitsbeschränkungen für Asbest.....	293
§ 11a	Anforderungen an Tätigkeiten mit Asbest.....	294
§ 12	Besondere Schutzmaßnahmen gegen physikalisch-chemische Einwirkungen, insbesondere gegen Brand- und Explosionsgefährdungen	295
§ 13	Betriebsstörungen, Unfälle und Notfälle	296
§ 14	Unterrichtung und Unterweisung der Beschäftigten	297
§ 15	Zusammenarbeit verschiedener Firmen	298
Abschnitt 4a – Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten einschließlich der Begasung sowie an Begasungen mit Pflanzenschutzmitteln		298
§ 15a	Verwendungsbeschränkungen.....	298
§ 15b	Allgemeine Anforderungen an die Verwendung von Biozid-Produkten	299
§ 15c	Besondere Anforderungen an die Verwendung bestimmter Biozid-Produkte	299
§ 15d	Besondere Anforderungen bei Begasungen	300
§ 15e	Ergänzende Dokumentationspflichten	301
§ 15f	Anforderungen an den Umgang mit Transporteinheiten.....	301
§ 15g	Besondere Anforderungen an Begasungen auf Schiffen.....	302
§ 15h	Ausnahmen von Abschnitt 4a	302
Abschnitt 5 – Verbote und Beschränkungen		303
§ 16	Herstellungs- und Verwendungs- beschränkungen	303
§ 17	Nationale Ausnahmen von Beschränkungsregelungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	303
Abschnitt 6 – Vollzugsregelungen und Ausschuss für Gefahrstoffe		303
§ 18	Unterrichtung der Behörde.....	303
§ 19	Behördliche Ausnahmen, Anordnungen und Befugnisse.....	304
§ 19a	Anerkennung ausländischer Qualifikationen	305
§ 20	Ausschuss für Gefahrstoffe.....	305
Abschnitt 7 – Ordnungswidrigkeiten, Straftaten und Übergangsvorschriften		307
§ 21	Chemikaliengesetz – Anzeigen	307
§ 22	Chemikaliengesetz – Tätigkeiten.....	307
§ 23	(weggefallen)	309
§ 24	Chemikaliengesetz – Herstellungs- und Verwendungsbeschränkungen.....	309
§ 25	Übergangsvorschrift.....	309

Geschäftsgeheimnisschutzgesetz – GeschGehG

Abschnitt 1 – Allgemeines		312
§ 1	Anwendungsbereich	312
§ 2	Begriffsbestimmungen	312
§ 3	Erlaubte Handlungen	312
§ 4	Handlungsverbote.....	313
§ 5	Ausnahmen	313
Abschnitt 2 – Ansprüche bei Rechtsverletzungen		313
§ 6	Beseitigung und Unterlassung	313
§ 7	Vernichtung; Herausgabe; Rückruf; Entfernung und Rücknahme vom Markt	314
§ 8	Auskunft über rechtsverletzende Produkte; Schadensersatz bei Verletzung der Auskunftspflicht.....	314
§ 9	Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	314
§ 10	Haftung des Rechtsverletzers	314
§ 11	Abfindung in Geld.....	315
§ 12	Haftung des Inhabers eines Unternehmens	315
§ 13	Herausgabeanspruch nach Eintritt der Verjährung.....	315
§ 14	Missbrauchsverbot	315

Abschnitt 3 – Verfahren in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	315
§ 15 Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung.....	315
§ 16 Geheimhaltung.....	316
§ 17 Ordnungsmittel.....	316
§ 18 Geheimhaltung nach Abschluss des Verfahrens.....	316
§ 19 Weitere gerichtliche Beschränkungen.....	316
§ 20 Verfahren bei Maßnahmen nach den §§ 16 bis 19.....	317
§ 21 Bekanntmachung des Urteils.....	317
§ 22 Streitwertbegünstigung.....	318
Abschnitt 4 – Strafvorschriften	318
§ 23 Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	318

Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG

Abschnitt 1 – Allgemeine Vorschriften	322
§ 1 Zielsetzung und persönlicher Anwendungsbereich	322
§ 2 Sachlicher Anwendungsbereich	322
§ 3 Begriffsbestimmungen	324
§ 4 Verhältnis zu sonstigen Bestimmungen	325
§ 5 Vorrang von Sicherheitsinteressen sowie Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	326
§ 6 Verhältnis zu sonstigen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten	327
Abschnitt 2 – Meldungen	328
Unterabschnitt 1 – Grundsätze	328
§ 7 Wahlrecht zwischen interner und externer Meldung	328
§ 8 Vertraulichkeitsgebot	328
§ 9 Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot.....	329
§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten	330
§ 11 Dokumentation der Meldungen	330
Unterabschnitt 2 – Interne Meldungen	331
§ 12 Pflicht zur Einrichtung interner Meldestellen	331
§ 13 Aufgaben der internen Meldestellen	331
§ 14 Organisationsformen interner Meldestellen	332
§ 15 Unabhängige Tätigkeit; notwendige Fachkunde.....	332
§ 16 Meldekanäle für interne Meldestellen	332
§ 17 Verfahren bei internen Meldungen.....	333
§ 18 Folgemaßnahmen der internen Meldestelle.....	333
Unterabschnitt 3 – Externe Meldestellen.....	333
§ 19 Errichtung und Zuständigkeit einer externen Meldestelle des Bundes	333
§ 20 Errichtung und Zuständigkeit externer Meldestellen der Länder.....	334
§ 21 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als externe Meldestelle	334
§ 22 Bundeskartellamt als externe Meldestelle	334
§ 23 Weitere externe Meldestellen	334
§ 24 Aufgaben der externen Meldestellen	334
§ 25 Unabhängige Tätigkeit; Schulung	335
§ 26 Berichtspflichten der externen Meldestellen	335
Unterabschnitt 4 – Externe Meldungen.....	335
§ 27 Meldekanäle für externe Meldestellen.....	335
§ 28 Verfahren bei externen Meldungen	336
§ 29 Folgemaßnahmen der externen Meldestellen.....	336
§ 30 Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Stellen.....	337
§ 31 Abschluss des Verfahrens	337
Abschnitt 3 – Offenlegung.....	338
§ 32 Offenlegen von Informationen	338

Abschnitt 4 – Schutzmaßnahmen	338
§ 33 Voraussetzungen für den Schutz hinweisgebender Personen	338
§ 34 Weitere geschützte Personen	338
§ 35 Ausschluss der Verantwortlichkeit.....	339
§ 36 Verbot von Repressalien; Beweislastumkehr.....	339
§ 37 Schadensersatz nach Repressalien	339
§ 38 Schadensersatz nach einer Falschmeldung	339
§ 39 Verbot abweichender Vereinbarungen	340
Abschnitt 5 – Sanktionen	340
§ 40 Bußgeldvorschriften.....	340
Abschnitt 6 – Schlussvorschriften	340
§ 41 Verordnungsermächtigung.....	340
§ 42 Übergangsregelung.....	340

Kinderarbeitsschutzverordnung – KindArbSchV

§ 1 Beschäftigungsverbot.....	342
§ 2 Zulässige Beschäftigungen	342
§ 3 Behördliche Befugnisse.....	342
§ 4 Inkrafttreten	342

Kündigungsschutzgesetz – KSchG

Erster Abschnitt – Allgemeiner Kündigungsschutz.....	344
§ 1 Sozial ungerechtfertigte Kündigungen	345
§ 1a Abfindungsanspruch bei betriebsbedingter Kündigung.....	345
§ 2 Änderungskündigung.....	345
§ 3 Kündigungseinspruch	345
§ 4 Anrufung des Arbeitsgerichts	345
§ 5 Zulassung verspäteter Klagen	346
§ 6 Verlängerte Anrufungsfrist	346
§ 7 Wirksamwerden der Kündigung.....	346
§ 8 Wiederherstellung der früheren Arbeitsbedingungen	346
§ 9 Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Urteil des Gerichts, Abfindung des Arbeitnehmers	346
§ 10 Höhe der Abfindung	347
§ 11 Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst	347
§ 12 Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	347
§ 13 Außerordentliche, sittenwidrige und sonstige Kündigungen	347
§ 14 Angestellte in leitender Stellung	348
Zweiter Abschnitt – Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung und Personalvertretung	348
§ 15 Unzulässigkeit der Kündigung.....	348
§ 16 Neues Arbeitsverhältnis, Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	349
Dritter Abschnitt – Anzeigepflichtige Entlassungen.....	350
§ 17 Anzeigepflicht	350
§ 18 Entlassungssperre	351
§ 19 Zulässigkeit von Kurzarbeit	351
§ 20 Entscheidungen der Agentur für Arbeit	351
§ 21 Entscheidungen der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit	352
§ 22 Ausnahmebetriebe.....	352
Vierter Abschnitt – Schlußbestimmungen.....	352
§ 23 Geltungsbereich	352
§ 24 Anwendung des Gesetzes auf Betriebe der Schifffahrt und des Luftverkehrs.....	352
§ 25 Kündigung in Arbeitskämpfen.....	353

§ 25a	Berlin-Klausel	353
§ 26	Inkrafttreten	353

Mindestlohngesetz – MiLoG

Abschnitt 1 – Festsetzung des allgemeinen Mindestlohns	356
Unterabschnitt 1 – Inhalt des Mindestlohns.....	356
§ 1 Mindestlohn.....	356
§ 2 Fälligkeit des Mindestlohns.....	356
§ 3 Unabdingbarkeit des Mindestlohns.....	356
Unterabschnitt 2 – Mindestlohnkommission	356
§ 4 Aufgabe und Zusammensetzung	356
§ 5 Stimmberechtigte Mitglieder.....	357
§ 6 Vorsitz	357
§ 7 Beratende Mitglieder	357
§ 8 Rechtsstellung der Mitglieder	357
§ 9 Beschluss der Mindestlohnkommission.....	358
§ 10 Verfahren der Mindestlohnkommission	358
§ 11 Rechtsverordnung.....	359
§ 12 Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn; Kostenträgerschaft	359
Abschnitt 2 – Zivilrechtliche Durchsetzung.....	359
§ 13 Haftung des Auftraggebers	359
Abschnitt 3 – Kontrolle und Durchsetzung durch staatliche Behörden.....	359
§ 14 Zuständigkeit.....	359
§ 15 Befugnisse der Behörden der Zollverwaltung und anderer Behörden; Mitwirkungspflichten des Arbeitgebers	359
§ 16 Meldepflicht.....	359
§ 17 Erstellen und Bereithalten von Dokumenten.....	361
§ 18 Zusammenarbeit der in- und ausländischen Behörden.....	363
§ 19 Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge.....	364
§ 20 Pflichten des Arbeitgebers zur Zahlung des Mindestlohns.....	364
§ 21 Bußgeldvorschriften.....	364
Abschnitt 4 – Schlussvorschriften	365
§ 22 Persönlicher Anwendungsbereich.....	365
§ 23 Evaluation	366
§ 24 Übergangsregelung.....	366

Nachweisgesetz – NachwG

§ 1	Anwendungsbereich	368
§ 2	Nachweispflicht	368
§ 3	Änderung der Angaben	370
§ 4	Bußgeldvorschriften	371
§ 5	Übergangsvorschrift	371
§ 6	Unabdingbarkeit	371

Pflegezeitgesetz – PflegeZG

§ 1	Ziel des Gesetzes	374
§ 2	Kurzzeitige Arbeitsverhinderung	374
§ 3	Pflegezeit und sonstige Freistellungen	374
§ 4	Dauer der Inanspruchnahme	375
§ 4a	Erneute Pflegezeit nach Inanspruchnahme einer Freistellung auf Grundlage der Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie	376

§ 5	Kündigungsschutz.....	376
§ 6	Befristete Verträge.....	376
§ 7	Begriffsbestimmungen	377
§ 8	Unabdingbarkeit.....	377
§ 9	(aufgehoben)	377

Siebttes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug) – SGB VII

Erstes Kapitel – Aufgaben, versicherter Personenkreis, Versicherungsfall.....	380
Erster Abschnitt – Aufgaben der Unfallversicherung.....	380
§ 1 Prävention, Rehabilitation, Entschädigung	380
Zweiter Abschnitt – Versicherter Personenkreis.....	380
§ 2 Versicherung kraft Gesetzes	380
§ 3 Versicherung kraft Satzung.....	383
§ 4 Versicherungsfreiheit.....	384
§ 6 Freiwillige Versicherung.....	385
Dritter Abschnitt – Versicherungsfall	385
§ 7 Begriff.....	385
§ 8 Arbeitsunfall	385
§ 9 Berufskrankheit.....	386
§ 11 Mittelbare Folgen eines Versicherungsfalls	389
§ 12 Versicherungsfall einer Leibesfrucht	389
§ 12a Gesundheitsschaden im Zusammenhang mit der Spende von Blut oder körpereigenen Organen, Organteilen oder Gewebe	389
§ 13 Sachschäden bei Hilfeleistungen	389
Zweites Kapitel – Prävention.....	390
§ 14 Grundsatz	390
§ 15 Unfallverhütungsvorschriften	390
§ 16 Geltung bei Zuständigkeit anderer Unfallversicherungsträger und für ausländische Unternehmen	392
§ 17 Überwachung und Beratung.....	392
§ 18 Aufsichtspersonen	392
§ 19 Befugnisse der Aufsichtspersonen	392
§ 20 Zusammenarbeit mit Dritten.....	393
§ 21 Verantwortung des Unternehmers, Mitwirkung der Versicherten	395
§ 22 Sicherheitsbeauftragte	395
§ 23 Aus- und Fortbildung.....	395
§ 24 Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst	396
Drittes Kapitel – Leistungen nach Eintritt eines Versicherungsfalls	396
Erster Abschnitt – Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen, Pflege, Geldleistungen.....	396
Erster Unterabschnitt – Anspruch und Leistungsarten	396
§ 26 Grundsatz	396
Zweiter Unterabschnitt – Heilbehandlung.....	397
§ 27 Umfang der Heilbehandlung, Anschluss an die Telematikinfrasturktur	397
§ 27a Nutzung der Telematikinfrasturktur.....	398
§ 28 Ärztliche und zahnärztliche Behandlung.....	398
§ 29 Arznei- und Verbandmittel.....	398
§ 30 Heilmittel.....	398
§ 31 Hilfsmittel.....	398
§ 32 Häusliche Krankenpflege	399
§ 33 Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen	399
§ 34 Durchführung der Heilbehandlung	399

Dritter Unterabschnitt – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	400
§ 35 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	400
Vierter Unterabschnitt – Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	401
§ 39 Leistungen zur Sozialen Teilhabe und ergänzende Leistungen	401
§ 40 Kraftfahrzeughilfe	401
§ 41 Wohnungshilfe.....	401
§ 42 Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten	401
§ 43 Reisekosten.....	401
Fünfter Unterabschnitt – Leistungen bei Pflegebedürftigkeit.....	402
§ 44 Pflege	402
Sechster Unterabschnitt – Geldleistungen während der Heilbehandlung und der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	403
§ 45 Voraussetzungen für das Verletztengeld.....	403
§ 46 Beginn und Ende des Verletztengeldes.....	403
§ 47 Höhe des Verletztengeldes.....	404
§ 47a Beitragszahlung der Unfallversicherungsträger an berufsständische Versorgungseinrichtungen und private Krankenversicherungen	405
§ 48 Verletztengeld bei Wiedererkrankung	405
§ 49 Übergangsgeld	405
§ 50 Höhe und Berechnung des Übergangsgeldes.....	406
§ 52 Anrechnung von Einkommen auf Verletzten- und Übergangsgeld	406
Zweiter Abschnitt – Renten, Beihilfen, Abfindungen.....	406
Erster Unterabschnitt – Renten an Versicherte	406
§ 56 Voraussetzungen und Höhe des Rentenanspruchs	406
§ 57 Erhöhung der Rente bei Schwerverletzten.....	407
§ 58 Erhöhung der Rente bei Arbeitslosigkeit.....	407
§ 59 Höchstbetrag bei mehreren Renten	407
§ 60 Minderung bei Heimpflege	407
§ 62 Rente als vorläufige Entschädigung	407
Dritter Unterabschnitt – Beginn, Änderung und Ende von Renten.....	407
§ 72 Beginn von Renten.....	407
§ 73 Änderungen und Ende von Renten.....	408
§ 74 Ausnahmeregelungen für die Änderung von Renten	408
Vierter Unterabschnitt – Abfindung	408
§ 75 Abfindung mit einer Gesamtvergütung.....	408
§ 76 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit unter 40 vom Hundert	409
§ 77 Wiederaufleben der abgefundenen Rente	409
§ 78 Abfindung bei Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 40 vom Hundert.....	409
§ 79 Umfang der Abfindung.....	409
§ 80 Abfindung bei Wiederheirat.....	409
Dritter Abschnitt – Jahresarbeitsverdienst.....	410
Erster Unterabschnitt – Allgemeines	410
§ 81 Jahresarbeitsverdienst als Berechnungsgrundlage	410
Zweiter Unterabschnitt – Erstmalige Festsetzung.....	410
§ 82 Regelberechnung.....	410
§ 83 Jahresarbeitsverdienst kraft Satzung.....	411
§ 84 Jahresarbeitsverdienst bei Berufskrankheiten.....	411
§ 85 Mindest- und Höchstjahresarbeitsverdienst	411
§ 87 Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen	412
§ 88 Erhöhung des Jahresarbeitsverdienstes für Hinterbliebene.....	412
§ 89 Berücksichtigung von Anpassungen.....	412

Dritter Unterabschnitt – Neufestsetzung	412
§ 90 Neufestsetzung nach Altersstufen.....	412
§ 91 Neufestsetzung nach Schul- oder Berufsausbildung	412
Vierter Abschnitt – Mehrleistungen	413
§ 94 Mehrleistungen	413
Fünfter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften für Leistungen.....	413
§ 95 Anpassung von Geldleistungen.....	413
§ 96 Fälligkeit, Auszahlung und Berechnungsgrundsätze.....	414
§ 97 Leistungen ins Ausland.....	415
§ 98 Anrechnung anderer Leistungen.....	415
§ 101 Ausschluß oder Minderung von Leistungen.....	415
§ 102 Schriftform.....	416
§ 103 Zwischennachricht, Unfalluntersuchung	416
Viertes Kapitel – Haftung von Unternehmern, Unternehmensangehörigen und anderen Personen	416
Erster Abschnitt – Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen	416
§ 104 Beschränkung der Haftung der Unternehmer.....	416
§ 105 Beschränkung der Haftung anderer im Betrieb tätiger Personen	416
§ 106 Beschränkung der Haftung anderer Personen	417
§ 108 Bindung der Gerichte	417
§ 109 Feststellungsberechtigung von in der Haftung beschränkten Personen	417
Zweiter Abschnitt – Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	417
§ 110 Haftung gegenüber den Sozialversicherungsträgern	417
§ 111 Haftung des Unternehmens	418
§ 112 Bindung der Gerichte	418
§ 113 Verjährung	418
Fünftes Kapitel – Organisation	418
Erster Abschnitt – Unfallversicherungsträger	418
§ 114 Unfallversicherungsträger	418
Vierter Unterabschnitt – Gemeinsame Vorschriften über die Zuständigkeit	419
§ 130 Örtliche Zuständigkeit.....	419
§ 131 Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen	419
§ 132 Zuständigkeit für Unfallversicherungsträger.....	420
§ 133 Zuständigkeit für Versicherte	420
§ 134 Zuständigkeit bei Berufskrankheiten	420
§ 135 Versicherung nach mehreren Vorschriften.....	420
§ 136 Bescheid über die Zuständigkeit, Begriff des Unternehmers	421
§ 137 Wirkung von Zuständigkeitsänderungen.....	422
§ 138 Unterrichtung der Versicherten	422
§ 139 Vorläufige Zuständigkeit.....	423
§ 139a Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland	423
Dritter Abschnitt – Weitere Versicherungseinrichtungen	423
§ 140 Haftpflicht- und Auslandsversicherung	423
§ 141 Träger der Versicherungseinrichtungen, Aufsicht.....	424
Sechstes Kapitel – Aufbringung der Mittel.....	424
Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften.....	424
Erster Unterabschnitt – Beitragspflicht	424
§ 150 Beitragspflichtige	424
§ 151 Beitragserhebung bei überbetrieblichen arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Diensten	425

Zweiter Abschnitt – Beziehungen der Unfallversicherungsträger zu Dritten	425
§ 191 Unterstützungspflicht der Unternehmer	425
§ 192 Mitteilungs- und Auskunftspflichten von Unternehmern und Bauherren	425
§ 193 Pflicht zur Anzeige eines Versicherungsfalls durch die Unternehmer	426
§ 195 Unterstützungs- und Mitteilungspflichten von Kammern und der für die Erteilung einer Gewerbe- oder Bauerlaubnis zuständigen Behörden	427
Achtes Kapitel – Datenschutz	427
Erster Abschnitt – Grundsätze	427
§ 199 Verarbeitung von Daten durch die Unfallversicherungsträger	427
§ 200 Einschränkung der Übermittlungsbefugnis	428
Zweiter Abschnitt – Datenverarbeitung durch Ärzte	428
§ 201 Erhebung, Speicherung und Übermittlung von Daten durch Ärzte und Psychotherapeuten	428
§ 202 Anzeigepflicht von Ärzten bei Berufskrankheiten	428
§ 203 Auskunftspflicht von Ärzten	428
Vierter Abschnitt – Sonstige Vorschriften	429
§ 206 Verarbeitung von Daten für die Forschung zur Bekämpfung von Berufskrankheiten	429
§ 207 Verarbeitung von Daten zur Verhütung von Versicherungsfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren	429
Neuntes Kapitel – Bußgeldvorschriften	430
§ 209 Bußgeldvorschriften	430
§ 210 Zuständige Verwaltungsbehörde	431
§ 211 Zusammenarbeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	431
Zehntes Kapitel – Übergangsrecht	431
§ 219a Altersrückstellungen	431

Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Auszug) – SGB IX

Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen	434
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften	434
§ 2 Begriffsbestimmungen	434
Kapitel 10 – Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	434
§ 49 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Verordnungsermächtigung	434
§ 50 Leistungen an Arbeitgeber	436
§ 51 Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation	437
§ 52 Rechtsstellung der Teilnehmenden	437
§ 53 Dauer von Leistungen	438
§ 54 Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit	438
§ 55 Unterstützte Beschäftigung	438
§ 56 Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	439
§ 57 Leistungen im Eingangsverfahren und im Berufsbildungsbereich	439
§ 58 Leistungen im Arbeitsbereich	440
§ 60 Andere Leistungsanbieter	441
§ 61 Budget für Arbeit	441
§ 61a Budget für Ausbildung	442
§ 62 Wahlrecht des Menschen mit Behinderungen	442
§ 63 Zuständigkeit nach den Leistungsgesetzen	443
Kapitel 11 – Unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen	443
§ 64 Ergänzende Leistungen	443
§ 65 Leistungen zum Lebensunterhalt	444
§ 66 Höhe und Berechnung des Übergangsgelds	445

§ 67	Berechnung des Regelentgelts	446
§ 68	Berechnungsgrundlage in Sonderfällen	446
§ 69	Kontinuität der Bemessungsgrundlage	447
§ 70	Anpassung der Entgeltsatzleistungen	447
§ 71	Weiterzahlung der Leistungen	447
§ 72	Einkommensanrechnung	448
Teil 2 – Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen (Eingliederungshilferecht)		449
Kapitel 1 – Allgemeine Vorschriften		449
§ 97	Fachkräfte	449
Kapitel 4 – Teilhabe am Arbeitsleben		449
§ 111	Leistungen zur Beschäftigung	449
Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht)		450
Kapitel 1 – Geschützter Personenkreis		450
§ 151	Geltungsbereich	450
Kapitel 2 – Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber		450
§ 154	Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	450
§ 155	Beschäftigung besonderer Gruppen schwerbehinderter Menschen	451
§ 156	Begriff des Arbeitsplatzes	451
§ 157	Berechnung der Mindestzahl von Arbeitsplätzen und der Pflichtarbeitsplatzzahl	452
§ 158	Anrechnung Beschäftigter auf die Zahl der Pflichtarbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen	452
§ 159	Mehrfachanrechnung	452
§ 160	Ausgleichsabgabe	453
§ 161	Ausgleichsfonds	454
§ 162	Verordnungsermächtigungen	455
Kapitel 3 – Sonstige Pflichten der Arbeitgeber; Rechte der schwerbehinderten Menschen		455
§ 163	Zusammenwirken der Arbeitgeber mit der Bundesagentur für Arbeit und den Integrationsämtern	455
§ 164	Pflichten des Arbeitgebers und Rechte schwerbehinderter Menschen	456
§ 165	Besondere Pflichten der öffentlichen Arbeitgeber	457
§ 166	Inklusionsvereinbarung	458
§ 167	Prävention	458
Kapitel 4 – Kündigungsschutz		459
§ 168	Erfordernis der Zustimmung	459
§ 169	Kündigungsfrist	459
§ 170	Antragsverfahren	459
§ 171	Entscheidung des Integrationsamtes	459
§ 172	Einschränkungen der Ermessensentscheidung	459
§ 173	Ausnahmen	460
§ 174	Außerordentliche Kündigung	461
§ 175	Erweiterter Beendigungsschutz	461
Kapitel 5 – Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrat, Schwerbehindertenvertretung, Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers		461
§ 176	Aufgaben des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- und Präsidialrates	461
§ 178	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung	461
§ 181	Inklusionsbeauftragter des Arbeitgebers	463
§ 182	Zusammenarbeit	463
Kapitel 6 – Durchführung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen		463
§ 185a	Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	463
Kapitel 7 – Integrationsfachdienste		464
§ 192	Begriff und Personenkreis	464

§ 193	Aufgaben.....	464
Kapitel 8 – Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter und gleichgestellter behinderter Menschen		
§ 199	Beendigung der Anwendung der besonderen Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen	465
§ 200	Entziehung der besonderen Hilfen für schwerbehinderte Menschen.....	465
Kapitel 10 – Sonstige Vorschriften		
§ 205	Vorrang der schwerbehinderten Menschen	466
§ 206	Arbeitsentgelt und Dienstbezüge.....	466
§ 207	Mehrarbeit	466
§ 208	Zusatzurlaub.....	466
§ 209	Nachteilsausgleich	466
§ 210	Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in Heimarbeit.....	467
Kapitel 11 – Inklusionsbetriebe		
§ 215	Begriff und Personenkreis	467
§ 216	Aufgaben.....	468
Kapitel 12 – Werkstätten für behinderte Menschen.....		
§ 223	Anrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe.....	468
Kapitel 14 – Straf-, Bußgeld- und Schlussvorschriften		
§ 237a	Strafvorschriften.....	469
§ 237b	Strafvorschriften.....	469
§ 238	Bußgeldvorschriften.....	469
§ 241	Übergangsregelung	470

Strafgesetzbuch (Auszug) – StGB

Besonderer Teil	472
Siebenter Abschnitt – Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	472
§ 131 Gewaltdarstellung	472
Zehnter Abschnitt – Falsche Verdächtigung	472
§ 164 Falsche Verdächtigung	472
Dreizehnter Abschnitt – Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	472
§ 174 Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen	472
§ 177 Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung.....	473
§ 180 Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	474
§ 182 Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen.....	475
§ 184i Sexuelle Belästigung.....	475
§ 184k Verletzung des Intimbereichs durch Bildaufnahmen	475
Vierzehnter Abschnitt – Beleidigung.....	476
§ 185 Beleidigung.....	476
§ 186 Üble Nachrede.....	476
§ 187 Verleumdung	476
Fünfzehnter Abschnitt – Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs	476
§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	476
§ 201a Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen.....	477
Siebzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	478
§ 223 Körperverletzung.....	478
§ 224 Gefährliche Körperverletzung	478
§ 225 Mißhandlung von Schutzbefohlenen	478

Achtzehnter Abschnitt – Straftaten gegen die persönliche Freiheit.....	478
§ 238 Nachstellung.....	478
§ 240 Nötigung.....	479
§ 241 Bedrohung.....	480

Teilzeit- und Befristungsgesetz – TzBfG

Erster Abschnitt – Allgemeine Vorschriften Teilzeit- und Befristungsgesetz	482
§ 1 Zielsetzung	482
§ 2 Begriff des teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmers.....	482
§ 3 Begriff des befristet beschäftigten Arbeitnehmers.....	482
§ 4 Verbot der Diskriminierung.....	482
§ 5 Benachteiligungsverbot	483
Zweiter Abschnitt – Teilzeitarbeit.....	483
§ 6 Förderung von Teilzeitarbeit.....	483
§ 7 Ausschreibung; Erörterung; Information über freie Arbeitsplätze	483
§ 8 Zeitlich nicht begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	483
§ 9 Verlängerung der Arbeitszeit.....	484
§ 9a Zeitlich begrenzte Verringerung der Arbeitszeit.....	484
§ 10 Aus- und Weiterbildung.....	485
§ 11 Kündigungsverbot	485
§ 12 Arbeit auf Abruf	486
§ 13 Arbeitsplatzteilung	486
Dritter Abschnitt – Befristete Arbeitsverträge	487
§ 14 Zulässigkeit der Befristung.....	487
§ 15 Ende des befristeten Arbeitsvertrages	488
§ 16 Folgen unwirksamer Befristung	488
§ 17 Anrufung des Arbeitsgerichts	488
§ 18 Information über unbefristete Arbeitsplätze	488
§ 19 Aus- und Weiterbildung.....	489
§ 20 Information der Arbeitnehmervertretung	489
§ 21 Auflösend bedingte Arbeitsverträge	489
Vierter Abschnitt – Gemeinsame Vorschriften	489
§ 22 Abweichende Vereinbarungen	489
§ 23 Besondere gesetzliche Regelungen.....	489

Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen – SonntVerkV

§ 1	492
§ 2 (aufgehoben)	492
§ 3	492

Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Auszug) – ArbMedVV

§ 1 Ziel und Anwendungsbereich	494
§ 2 Begriffsbestimmungen	494
§ 3 Allgemeine Pflichten des Arbeitgebers.....	494
§ 4 Pflichtvorsorge.....	495
§ 5 Angebotsvorsorge	495
§ 5a Wunschvorsorge.....	495
§ 6 Pflichten des Arztes oder der Ärztin.....	496
§ 7 Anforderungen an den Arzt oder die Ärztin	496
§ 8 Maßnahmen nach der arbeitsmedizinischen Vorsorge	497
§ 9 Ausschuss für Arbeitsmedizin	497
§ 10 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten	498